



Stadt Rheinbach

Der Bürgermeister

28. Oktober 2015

- Frau Ministerpräsidentin
Hannelore Kraft
Staatskanzlei des Landes NRW
Stadttor 1

40219 Düsseldorf

- Frau Regierungspräsidentin
Frau Gisela Walsken
Zeughausstraße 2-10

50667 Köln

Unterbringung von Flüchtlingen in Rheinbach

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kraft,
sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Walsken,

in dem auch von mir persönlich unterzeichneten Schreiben an die Frau Bundeskanzlerin und auch an Sie hat der Städte- und Gemeindebund NRW eindringlich auf die in den Kommunen vorliegende Situation zur Unterbringung von Flüchtlingen hingewiesen und gebeten, die in einem beigefügten Forderungskatalog aufgelisteten Maßnahmen umzusetzen.

Ich möchte Ihnen gerne die Situation in der Stadt Rheinbach darlegen:

In 2015 wurden der Stadt Rheinbach mit Stand vom 28. Oktober 270 Personen zugewiesen. Davon allein im September 64 Personen und Oktober 85 Personen. Insgesamt wurden 365 Personen in städtischen und angemieteten Objekten untergebracht.

Diese Entwicklung stellt die kommunale Ebene, welche zweifelsfrei die Hauptlast bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen trägt, vor nicht mehr lösbare Probleme. Bereits jetzt sind viele Städte und Gemeinden überfordert und am Rande ihrer Leistungsfähigkeit.

Dies trifft besonders auch für die Stadt Rheinbach zu. Die zur Verfügung stehenden städtischen Räumlichkeiten sind erschöpft, nachdem schon eine Mehrzweckhalle in Anspruch genommen werden musste. Zeichnet sich die Inanspruchnahme weitere Hallen ab, wird dem

-2-

gesellschaftlichen und kulturellen Leben die Grundlage entzogen wird. Private Räumlichkeiten stehen nicht mehr bzw. nicht mehr kurzfristig zur Verfügung. Es darf nicht dazu kommen, dass sich die Stadt Rheinbach als „Stadt der Schulen“ gezwungen sieht, Schulturnhallen zu belegen.

Zu einer sich bereits jetzt deutlich abzeichnenden nachhaltigen Beschädigung des sozialen Friedens und damit einer Gefährdung des gesellschaftlichen Miteinanders, auch in unserer Stadt Rheinbach, darf es auch nicht kommen.

Auch die über Monate währenden Anstrengungen zur Gewinnung privaten Wohnraums halten den Bedarf nicht mehr Stand. Der in der nach wie vor prosperierenden Wirtschaftsregion Bonn/Rhein Sieg ohnehin umkämpfte Wohnungsmarkt ist nahezu leer. Vielmehr greift die Stadt durch den von ihr formulierten Bedarf in diesen Markt ein und löst Verdrängungsprozesse aus. Dies läuft einer zügigen von allen Beteiligten gewünschten Integration der Flüchtlingen zu wider.

Ich möchte Sie, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin und Sie, sehr geehrte Regierungspräsidentin, herzlich bitten, von weiteren Zuweisungen von Flüchtlingen an die Stadt Rheinbach abzusehen.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Raetz